



Nachlese des 12. Gesprächs mit der Praxis vom 25.03.2010 zum Thema:

**Grundeinkommen- Basic Income- in Otjivero- Namibia
Eine Perspektive für die Entwicklungspolitik**

mit Herbert Jauch¹

Einführung:

Die beiden folgenden Fragen sollen beleuchtet werden:

Wie geht man mit Armut auf eine emanzipatorische statt paternalistischen Weise um?

Wie kann ein Grundeinkommen dazu beitragen, auch langfristig Strukturen zu verändern?

Namibia ist vor 20 Jahren zur Zeit des Mauerfalls überraschend quasi über Nacht durch die UN Resolution 435 unabhängig erklärt worden. Im damals veröffentlichten Weltbankbericht stand, dass das Durchschnittseinkommen schwarzer Namibier auf dem Land bei ca. 85 US Dollar/Jahr, in den Städten bei 750 US Dollar und bei der weißen Minderheit dagegen bei 16.500 US Dollar läge.

Die riesige Ungleichheit führt man auf den Kolonialismus und die Apartheid zurück, aber auch regional und geschlechtsspezifische Faktoren spielen eine Rolle. Bei der Unabhängigkeitserklärung wurden die Einkommensverhältnisse festgeschrieben, niemand durfte enteignet werden, der Farmbesitz blieb in weißer und südafrikanischer Hand. Es wurden Freihandelszonen geschaffen. Das Ergebnis nach 20 Jahren ist: 40 % des nationalen Haushaltsbudgets wurde für die Verbesserung des Bildungs- und Gesundheitssystems ausgegeben, aber die großen Ungleichheiten blieben.

Die UN hat durch die Erfassung des GINI Koeffizient festgestellt, dass Namibia weltweit derzeit die höchste Ungleichheit aufweist.

Die Arbeitslosigkeit ist um 51 % hochgeschneit, bei jungen Menschen um 70% und bei Frauen um 60%.

¹ Herr Jauch war Gründungsmitglied der Lehrgewerkschaft NANTU, langjähriges Mitglied mehrerer Gewerkschaftsgremien in Namibia, Gründungsdirektor des Gewerkschaftsforschungsinstituts LARRI (Namibia's Labour Resource and Research Institute) und ist Mitglied der BIG-Coalition in Namibia)

Insbesondere die Gewerkschaftsbewegung und Kirchen haben sich nun gefragt, wie die systematische Ausgrenzung durchbrochen werden kann.

Die Steuerkommission der Regierung hat die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens von mind. 100 Namibianischen Dollar vorgeschlagen, was zunächst aber nicht weiter verfolgt wurde. Daraufhin bildete sich die sogenannte BIG (Basic Income Grant)-Koalition, aus Kirchen, Gewerkschaftsbewegungen, Jugendorganisationen, HIV/ AIDs Organisationen, NROn, mit dem Ziel, die Regierung zu bestärken, ihren selbst vorgeschlagenen Weg umzusetzen.

Die Hauptargumente gegen die Einführung eines Grundeinkommens sind die Befürchtungen, dass damit Menschen faul werden und Arme das Geld vertrinken.

Insbesondere die Kirchen drängten darauf, nicht lange zu reden, sondern durch praktische Exempel Fakten zu schaffen.

Es wurde das Dorf Otjivero im Distrikt Omitara in Ostnamibia als Pilotprojekt ausgewählt. Durch dessen besondere Lage, vollständig umgeben von Staatsland und Farmen, gibt es kaum andere Einkommensmöglichkeiten für die landlose arbeitslose arme Bevölkerung. Wenn dort ein Grundeinkommen nachhaltig die Situation verbessern kann, dann - so die Annahme - sollte es überall möglich sein.

Alle Dorfbewohner und umliegenden Farmer wurden 2007 registriert und das Grundeinkommen bedingungslos ausgezahlt.

Keine EZ Experten oder andere entschieden darüber, was die Bevölkerung mit dem Geld machen sollte. Die Koalition war nur daran interessiert, das Projekt wissenschaftlich von Januar 2008 bis Ende 2009 zu begleiten.

Folgende Veränderungen wurden registriert: Im Dorf gibt es eine Klinik der Regierung, eine Grundschule und eine Polizeistation. Vor der Einführung des Grundeinkommens konnte, zumeist wegen Hunger, fast die Hälfte der Schüler die Schule nicht beenden, heute hingegen schaffen den Schulabschluss über 90 %. Nach den Berechnungen der WHO (Kind per Größe und Gewicht) waren vorher 68 % unterernährt, nach 6 Monaten Grundeinkommen sank diese Zahl auf 16 %, heute ist die Unterernährung fast verschwunden. Des Weiteren wurden bei der Untersuchung von 50 der 200 Haushalte festgestellt, dass das Einkommen der Haushalte weit mehr als das Grundeinkommen stieg, ohne Kredite und Entwicklungshilfe, allein durch Eigeninitiative. Eine Frau beispielsweise backte und verkaufte Brötchen, andere Kleider, ein Mann stellte Backsteine her, etc. Das Grundeinkommen, anders als die Mikrokredite, setzt nicht nur beim Produzenten an, sondern schafft lokale Märkte. *Der* entscheidende Unterschied zu allen traditionellen Entwicklungsprojekten.

Die Hauptkriminalitäten, das Stehlen von Feuerholz und Wilderei, gingen über 60 % zurück. Was Statistiken nicht sagen können, zeigen folgende Beispiele: Eine junge Frau erzählte, dass sie vor dem Grundeinkommen keinerlei Einkommen hatte. Wenn der Mann von der Farm kam, war sie gezwungen sich aus wirtschaftlicher Abhängigkeit heraus an diesen zu binden. Heute, wenn die Männer kommen, kann sie diese selbstbewusst wieder fortschicken. Für die Frau eine wichtige Erfahrung wieder Kontrolle über ihr Leben zu haben.

Das Grundeinkommen wird pro Person berechnet, d.h. wer sich um die Kinder kümmert, erhält zusätzlich deren Grundeinkommen. So sind es zumeist die Frauen, die sich um die Älteren kümmern. Mit dem Grundeinkommen und der staatlichen Altersrente von N\$ 45 werden die Frauen zusätzlich gestärkt. Das Grundeinkommen hat auf sozialer, wirtschaftlicher und menschenrechtlicher Seite eine enorme Wirkung.

Das Programm eines Grundeinkommens verursacht um die 10 % Verwaltungskosten. In Namibia gibt es für die Altersrente bereits ein bewährtes funktionierendes System mit elektronischen Bankkarten. Das System benötigt keine Heerscharen von Bürokraten, die prüfen wer reich und arm ist und denjenigen „bestraft“, der Arbeit findet. Das Geld der reicheren Leute fließt über die Steuern wieder an den Staat zurück. Eine weitere wichtige Erfahrung war, dass die Farmer genauso wie die Armen anstehen mussten, um das Geld einzulösen.

Je tiefer man das Pilotvorhaben untersucht, umso nachhaltiger erscheint es. Es gäbe für Namibia kein besseres und kostengünstigeres System, das nicht nur Armut beseitigt, sondern auch soziale Verbesserung schafft.

Grundeinkommen ist sicherlich auch in anderen Ländern durchführbar, auch wenn Bedingungen lokal angepasst werden müssten. Die Kosten würden etwa 5 % des Haushaltsbudgets von Namibia betragen und dabei 40-60 % der Menschen aus der Armut befreien.

Das Projekt wurde von internationalen Forschern begleitet.

Wobei die weitgehende Isolation des Dorfes zur Versuchssituation beigetragen hat. Plastisches Beispiel für den Erfolg ist, dass vor drei Jahren jeder Besucher an die 20-30 hungernde Kinder um sich herum scharrte. Heute schauen die Kinder die Besucher kaum mehr an, der Hunger ist verschwunden. Dies bedeutet nicht *poverty reduction*, sondern *poverty eradication*.

Fragen aus dem Publikum

Stimmt es, dass es eine heftige Auseinandersetzung mit dem IWF gibt? Die GTZ habe ein ähnliches Projekt gehabt, aber nicht weiter verfolgt, kennen Sie das?

H. Jauch: Vertreter des IWF kamen vor 2-3 Jahren nach Otjivero und bevor sie Gespräche mit der BIG-Koalition führten, hatten sie bereits der Regierung deutlich gemacht, dass das Grundeinkommen unfinanzierbar wäre. Nach ihrer Kalkulation würden für 2,4 Mio. Einwohner mit je N\$ 100 Kosten in Höhe von N\$ 2,4 Mrd, anfallen, d.h. 8 % des Bruttoinlandsproduktes. Dabei vergaßen sie, dass die 250.000 Rentner kein Grundeinkommen erhielten, und die etwa 660.000 Steuerzahler den Betrag über das Steuersystem weitgehend zurückerstatten würden. Außerdem kalkulierten sie die mögliche Steigerung der Staatseinnahmen durch u.a. Schulgeldzahlungen nicht (von früher 40 % auf 90 %).

Trotz der Hinweise durch die Koalition hat der IWF die falschen Zahlen weiter benutzt. Es ging Ihnen also offensichtlich nicht darum, dem Projekt eine Chance zu geben, son-

dern allein darum, den Modellcharakter zu zerstören. Wir haben den IWF öffentlich angegriffen.

Selbst die Farmer, die am Anfang dagegen waren, mussten zugeben, dass die Resultate beeindruckend sind. Wenn man das Grundeinkommen landesweit einführt, muss man aber auch das Thema der Handelsfreiheit mit betrachten und möglichst den lokalen Markt schützen, sonst gehen lokale Initiativen wieder zu Grunde.

Die GTZ hat in Sambia von 2006 -2008 ein social cash transfer Projekt durchgeführt, dem jedoch eine Bedürftigkeitsprüfung zugrundegelegt wurde. Die Zielgruppe waren Familien, die keine Person im erwerbsfähigen Alter haben. Dies waren zumeist alte Frauen, die sich um ihre Urenkel kümmerten. Auch hier war die Auszahlung des Geldes nicht an Bedingungen geknüpft und die Ergebnisse ähnlich wie in Otjivera. Über 90 % der Kinder gingen erfolgreich in die Schule, Unterernährung ging zurück und die Frauen gründeten zusammen Kleinstgewerbebetriebe. Sehr alte Leute konnten sich Hilfe organisieren. Die Dorfvorsteher erzählten aber auch von entstandenem Neid seitens anderer armer Familien. Daher wäre das Geld besser an alle verteilt worden.

Warum gibt es nicht weitere Dorfprojekte, um die Regierung zu überzeugen?

Es entsteht der Eindruck, dass die Evaluierung von den Projektbetreibern vorgenommen wurde. Wie kann der Staat von der Unabhängigkeit der Evaluierung überzeugt werden?

Das Grundeinkommen verursacht Kosten in Höhe von 5 % des Haushalts. Könnte die Regierung diese Summe auch ohne EZ Hilfe aufbringen?

Welche Gründe gibt es für die zögerliche Haltung, spielt der IWF Einwand eine Rolle?

Gibt es durch das Vorhaben Migrationsprobleme?

H. Jauch: Innerhalb der Regierung war z.B. der Industrieminister der Erste, der aus der eigenen Tasche einen Beitrag zum Pilotprojekt geleistet hat.

Der jetzige Premierminister hingegen vertritt die Ansicht, dass es ein Witz wäre, Leuten Geld für nichts zu geben. Die Koalition lud Vertreter des Wirtschafts- und Sozialausschusses des Parlaments in das Dorf ein. Keiner der 15 Besucher zweifelte die Resultate an. Sechs ausländische Mitarbeiter (u.a. ein Mitarbeiter der ILO) waren an der Vorbereitung und Auswertung der Studiendaten beteiligt. Die Unabhängigkeit der Daten kann jederzeit überprüft werden.

Den Staat zu überzeugen ist schwierig. Der IWF spielt hier sicherlich eine Rolle. Die Hauptwiderstände kommen aus dem Finanzministerium. Ein Zuschuss von außen ist zu begrüßen, aber der Ansatz muss insgesamt im Staatshaushalt verankert sein.

Der Zuzug von Leuten von außerhalb wird zu einem riesigen Problem. Je länger das Projekt läuft, umso mehr muss das Einkommen mit immer mehr Leuten geteilt werden. Als Übergang bekommen diejenigen im Dorf, die bereits Geld erhalten haben, ein Überbrückungsgeld von N\$ 80. Eine Ausweitung des Projektes bedeute nur eine zeitliche Verzögerung.

Sie u.a. in Deutschland im Sozialausschuss des Bundestages. Wurde auch diskutiert, was davon auf Deutschland übertragbar ist?

H. Jauch: Das Gespräch war kurz und die meisten Abgeordneten kamen zu spät. Bedenken gab es seitens der Übertragbarkeit und wegen Fragen zur möglichen Abhängigkeit und Nachhaltigkeit.

Allerdings ist die Abhängigkeit der Leute ohne Grundeinkommen heute viel grösser, Frauen sind von Männern abhängig, die Wirtschaftsstruktur schließt über die Hälfte der Lohnarbeiter aus, etc. Vor allem sind die philosophischen Prinzipien übertragbar. Österreich erschien ihm aufgeschlossener. (**Ergänzt von Attac Vertreter:**) Gesprochen wurde mit den Parteiohleuten der Ausschüsse der Grünen, Linke und CDU, SPD und FDP waren nicht anwesend. Die Grünen: Übertragbarkeit, wahrscheinlich ja, CDU machte einen Unterschied zwischen Fordern und Fördern, und in dem Projekt würde das Fordern von ihnen nicht gesehen.

In Deutschland hat die Gewerkschaftsbewegung den größten Widerstand gegen ein Grundeinkommen. Warum?

Es treffen verschiedene Wertvorstellungen aufeinander. Einkommen soll durch Arbeit erzielt werden, nicht durch eine andere Quelle, hier der Staat. Dies bedeutet einen Bruch der Wertvorstellungen im Kopf. (Ergänzt durch Vertreter von Attac:) Aus Mangel an Fachleuten lehnten diverse Stiftungen die Diskussion mit uns ab. Bei der IG Metall und Verdi wird es als Armutsbekämpfungsprojekt geführt und Übertragbarkeit nach Deutschland von vornherein nicht thematisiert.

H. Jauch: In Südafrika und Namibia sind von einem Arbeiter 5-6 Leute abhängig. Der Druck auf die Lohnempfänger ist enorm. Namibia braucht daher zusätzliche Einkommensquellen, das haben dort auch die Gewerkschaften erkannt.

Das Dorf befindet sich in einem relativ abgegrenzten Wirtschaftsraum. Wie kann sich im abgeschlossenen Wirtschaftskreislauf das Einkommen vermehren?

H. Jauch: Der Wirtschaftskreislauf ist tatsächlich nicht vollkommen abgeschlossen. Backsteine wurden z.B. von den umliegenden Farmern gekauft. Im Ort gab es vorher nur ein Geschäft. Mit dem Grundeinkommen wurden neue Handelsaktivitäten geschaffen.

Welche Voraussetzungen einer guten Regierungsführung sind erforderlich, damit das Projekt landesweit durchführbar ist, z.B. ein gutes Steuersystem? Werden die Auswirkungen auf die lokale Wirtschaftsstruktur konterkariert durch eine Freihandelspolitik?

H. Jauch: Der Vorschlag zur Einführung des Grundeinkommens kam ursprünglich von der Steuerkommission. Diskutiert werden zusätzlich eine Anhebung der persönlichen Einkommens- und Mehrwertsteuer sowie eine Ressourcensteuer (80 % Rohmaterialexport). Momentan zahlen alle diejenigen, die weniger als N\$ 4.000 pro Jahr verdienen, keine Steuern, das sind etwa 85-90 %. Die oberen 10 % bezahlen das Grundeinkommen über den Steuersatz zurück.

Die Regierung braucht ein prinzipielles Einverständnis für eine Umverteilung und muss dann auf manche Luxusausgaben verzichten, wie u.a. den umstrittenen Bau des neuen Regierungspalastes.

Wenn man tatsächlich die Freihandelsgesetze überträgt, dann gibt es kaum eine Chance, langfristig wichtige lokale Initiativen zu erhalten. Im Norden Namibias werden inzwischen traditionelle Kleider von Chinesen kopiert und billiger verkauft, was zu großen Konflikten führt.

Wie wird die Erfahrung in den Städten diskutiert?

H. Jauch: Die Möglichkeit der Stadtflucht besteht mit oder ohne Grundeinkommen. Die Abwanderung junger Leute vom Land (80 % Arbeitslosigkeit) in die Städte ist ein deutliches Problem. Aber wenn Leute keine Arbeit in der Stadt finden, ist ein Überleben auf dem Land mit geringeren Lebenshaltungskosten eher möglich, zumal auch Nahrungsmittel angebaut werden können. Für junge Leute ist das Grundeinkommen eher ein Anreiz in den ländlichen Gebieten zu bleiben.

Wie kommen sie auf die Größe von N\$ 100 (ca. 10 EUR)? Haben auch weiße Farmer das Grundeinkommen bekommen?

H. Jauch: Das Grundeinkommen entspricht etwa 1/3 dessen, was man zum Überleben braucht. Heute müsste dieses angeglichen werden auf etwa N\$ 150.

Die weißen Farmer haben das Geld tatsächlich angenommen. Es wurde somit deutlich, dass es keine Almosen für die Armen ist, sondern ein Grundeinkommen für alle.

Streben Sie ein dauerhaftes Projekt an? Auf Dorfebene herrscht Solidarität, aber wie sieht es in der Stadt aus? Das Beispiel Kuba hat gezeigt, dass mit einer Verpachtung des Landes an die Bauern ein großes Maß an Subsistenzwirtschaft erreicht wurde, das von der Finanzkrise kaum betroffen war. Ist das nicht ein Beleg dafür, die eigene Wirtschaftskraft zu stärken?

H. Jauch: Das Grundeinkommen soll dauerhaft bezahlt werden. Ein Beispiel. aus der Stadt: Ein Kind wurde krank, doch ohne ausreichend Taxigeld, wurde es nicht sofort ins Krankenhaus gebracht und starb am nächsten Tag. Ein Grundeinkommen hätte dies evtl. verhindern können. Die Stärke des Grundeinkommens ist es, dass die Haushalte

flexibel entscheiden können, für was sie das Geld verwenden. Kuba mit der Subsistenzwirtschaft ist ein gutes Beispiel für die Rüstung gegen weltweite Finanzkrisen.

Gibt es eine Chance die Regierung zu überzeugen? Welche öffentliche Reflektion gibt es über die Ergebnisse?

Wie stehen die Kirchen zu dem Projekt?

Gibt es eine Möglichkeit für uns in Deutschland, Einfluss zu nehmen?

H. Jauch: Es besteht eine Angst vor dem IWF, aber es besteht auch eine große Chance, die Regierung zu überzeugen. Die Regierung kann es sich politisch nicht leisten, als ein Gegner der Wahlbevölkerung dazustehen. Die Ärmsten haben die Regierung unterstützt. Die Resonanz landesweit ist überwältigend positiv.

Es muss ein namibisches Projekt bleiben. Es wäre das Schlimmste, wenn der deutsche Außenminister im alten Kolonialstil die Regierung fragen würde, warum sie das Grundeinkommen nicht einführe. Eher sollte Deutschland lobend hervorheben, dass das Grundeinkommen eingeführt wird und sein Interesse an den Erfahrungen bekunden.

Die Kirchen unterstützen als führende Organisation das Projekt.

Erleichtert die Vorerfahrung der sozialen Sicherung für alte Menschen die Diskussion?

H. Jauch: Ja gerade weil die Sozialversicherung für Alte so erfolgreich war und technisch gut funktioniert hat, spricht es für die Einführung in Namibia. Heute können alte Leute mit einer kleinen Rente 5-6 Kinder ernähren, während die Mütter in der Stadt Arbeit suchen. Doch der Druck auf die alten Menschen ist enorm groß. Das Grundeinkommen könnte dies etwas entspannen.

Herr Oldenbruch bedankt sich bei Attac Deutschland und dem Netzwerk Grundeinkommen für die Einladung von Herrn Jauch und die gute Zusammenarbeit.

G. Oldenbruch

H. Pratsch